

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chéfredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 646 ppbn d

Inhalt

Horst Sielaff MdB kommentiert Berichte über erhöhte "Nachrüstungs"-Zahlen: Gigantische Täuschung? Seite 1

Karin Hempel-Soos, Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), befaßt sich mit der Forderung nach weiblichen Freiwilligen für die Bundeswehr: Ein Glanzlicht von der Hardthöhe. Seite 3

Fritz Sängler denkt über die Zukunft der Agentur Reuters nach: Durch finanzielle Stärke in Gefahr geraten. Seite 5

Dokumentation

Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Wolfgang Biermann, sprach am Wochenende auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Wir dokumentieren sein Referat zum Verhältnis Friedensbewegung - NATO. Seite 7

39. Jahrgang / 87

7. Mai 1984

Gigantische Täuschung?

Die USA wollen offenbar mehr Marschflugkörper und Pershing-Raketen stationieren als im Doppel-Beschluß vorgesehen

Von Horst Sielaff MdB

Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik traut die Presse Italiens dem kürzlich recht lahmen NATO-Dementi eines "angeblichen Gerüchts" über die Dislozierung von weitaus mehr US-Mittelstreckenraketen als ursprünglich vereinbart in keiner Weise. Im Gegenteil: Italienische Blätter halten hartnäckig an ihrer ursprünglichen Version fest, daß westeuropäische NATO-Staaten etwa 25 Prozent mehr Cruise Missiles aus den USA bekommen sollen, als im "zweiten" (Stationierungs-)Teil des NATO-Doppelbeschlusses" vom 12. Dezember 1979 vorgesehen.

Italienische Berichte sehen sich zu dieser Feststellung einer "gigantischen Täuschung der westeuropäischen Öffentlichkeit" vor allem darum so nachhaltig veranlaßt, weil - im Gegensatz zum Brüsseler NATO-Hauptquartier - die italienische Regierung sich bisher zu keinerlei Dementi durchzuringen vermochte. Verteidigungsminister Spadolini beharrt auf seinem ambivalenten Kommentar: Weder Bestätigung noch Dementi entsprechender Presseveröffentlichungen. Wenn Regierungsstellen so argumentieren, so italienische Kommentatoren, sei in der Regel doch etwas an der Sache "dran".

Spadolini weigert sich sogar, darüber Aufschluß zu geben, ob in der Cruise-Missiles-Stellung von Comiso/Sizilien, derzeit, wie verabredet, nur die ursprünglich vereinbarten 16 Marschflugkörper zu je vier auf vier Rampen bisher installiert wären oder bereits zwanzig, wie einige Zeitungen behaupten.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verlagsgruppe
mit dem Namen
Rechts-Presse



Dies veranlaßt einige italienische Blätter zu nunmehr schon präziseren Aufrechnungen: Italien soll letztlich in Comiso nicht, wie im NATO-Doppelbeschluß festgeschrieben, 112 Cruise Missiles installiert bekommen, sondern 140, also runde 25 Prozent mehr! Jede Rampe soll nämlich nunmehr einen - ursprünglich nicht vorgesehenen - "Reserve-Marschflugkörper" erhalten, der aber genauso - auch atomar - ausgestattet ist, wie die anderen Raketen.

Die in der italienischen Presse derzeit publizierte "neue US-amerikanische Zählmethode" mit jenen Reserve-Raketen, die angeblich nur im "Fall des Versagens" tatsächlich zum Einsatz kommen sollten, aber "zunächst nicht mitzuzählen wären", wird wie folgt aufgeschlüsselt: Italien 140 anstelle von zunächst behaupteten 112 Marschflugkörpern; Holland und Belgien jeweils 60 anstelle von ursprünglich 48 Cruise Missiles, die Bundesrepublik 120 anstatt von anfänglich prognostizierten 96 Cruise Missiles und Großbritannien gar 200 anstatt den seinerzeit ausgewiesenen 160 Cruise Missiles. Wer dies zusammenzählen vermag, also: 116 Marschflugkörper mehr für Westeuropa als ursprünglich im ominösen NATO-Doppelbeschluß ausgewiesen.

Sprach man 1979 von "nur" 464 in Westeuropa aufzustellenden Cruise Missiles, werden es am Ende denn doch 580 sein - Dementis hin oder her.

Was die Pershing II betrifft, ursprünglich 108 Neuaufstellungen ausschließlich in der Bundesrepublik, wollen italienische Berichterstatter inzwischen wissen: Auch ihre Zahl wird um sogenannte "Reserve-Raketen" erhöht, in diesem Fall sogar um runde 30 Prozent! Also anstatt 108 gar 141 Pershing II auf bundesdeutschem Territorium.

Aber diesbezüglich sprechen selbst die Italiener erst noch von "unbestätigten Aussagen", während sie im Fall der Cruise Missiles bereits von "sicheren Quellen aus offenbar nicht ganz dichten NATO-Kanälen schreiben.

In der Tat gibt es selten Rauch, wo nicht auch Feuer ist, wie ein altes Sprichwort besagt.

Es ist bedauerlich, daß die derzeitige deutsche Bundesregierung das Interesse der Deutschen, nämlich konkrete und sichtbare Abrüstungsschritte in Gang zu setzen, aus den Augen verloren hat. Die Bündnistreue des Kanzlers zum US-Präsidenten Reagan hat offensichtlich einen höheren Stellenwert als die Sorgen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung; und der Rüstungswahnsinn ist nach wie vor Triebfeder der "Politik der Stärke".

(-/7.5.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Glimzlicht von der Hardthöhe

Zur Forderung nach einem freiwilligen Bundeswehrdienst für Frauen

Von Karin Hempel-Soos

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Nachdem es schon Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner so eindrucksvoll gelungen war, die Bundeswehr aus den Schlagzeilen rauszuhalten, hatte nun sein parlamentarischer Staatssekretär Peter Kurt Würzbach versucht, ihm rühmlichst nachzuzueifern.

Als Offizier der Reserve und auch sonst mit allerlei Scheinangriffen vertraut, hatte er in enger Zusammenarbeit mit irgendeinem Geheimdienst das politische Osterloch entdeckt. Während also der Kanzler fastete und sich das gemeine Volk während der Feiertage von der Regierung erholte, kam dem Staatssekretär die Idee, der frauen- und familienfeindlichen Politik der Regierung Kohl ein Glimzlicht aufzusetzen: Frauen in die Bundeswehr.

Würzbach, schon immer scharf auf Frauen in der Armee, muß die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie geradezu ein Dorn im Auge gewesen sein, so daß er nun mit dem Ruf "vom Frühstücksei zur Eierhandgranate" den benachteiligten Frauen neue Handlungsfelder eröffnen wollte.

Zwar hatten gerade die Erfinder der Frauenfrage schlechthin beziehungsweise schlechtweg, Blüm und Geißler, mit Unterstützung des Kanzlerkohl die alte Klamotte der neuen Mütterlichkeit propagiert und des Kaisers neue Kleider mit allen möglichen Tricks an die Frau zubringen versucht, da lockt Staatssekretär Würzbach die treusorgenden Hausfrauen und Mütter von den heimischen Herden an die Fleischtöpfe der Armee

Die Frauen sollen keinesfalls in die Kampftruppen! Völlig klar, da könnten sie noch am ehesten überleben - seit dem Vietnamkrieg kommen auf acht tote Soldaten 92 tote Zivilisten, und auch auf diesem Gebiet hat der Fortschritt inzwischen nicht Halt gemacht. Aber mit dem Bau von Frontkindergärten würde auch der Mutter-Rolle der Frau voll Rechnung getragen. Der Vorwurf, die Kinder rutschten ab in die Kriminalität, wenn die Mütter sich nicht um sie kümmerten, wäre wie weggewischt, außerdem könnten die Kleinkinder spielend auf den Ernstfall vorbereitet werden.

15.000 Frauen, das sind die Idealvorstellungen des Staatssekretärs, so für den Nachschub, die Schreibstuben, das Transport- und Fernmeldewesen, Sanitätsbereich nicht zu vergessen. Wer da an den 1. und 2. Weltkrieg denkt, vergißt, daß Würzbach da noch im Teich war. Kann auch sein, daß mit der vorgeburtlichen Erziehung irgend etwas schief gelaufen ist.

Es muß allerdings gesagt werden, daß die Hardthöhe auf die neuesten Eskapaden des gedienten Herrn nicht vorbereitet war. Die "unangenehmen Nachrichten", wie die zahlenmäßige Stärke der Bundeswehr zu halten sei, sollten erst nach der Sommerpause in die öffentliche Diskussion. Das Vorpreschen von Würzbach hat - trotz der Dementis - am 4. Mai dazu geführt, daß die geheime Beschlusssache vom Verteidigungsausschuß diskutiert wurde. Längere Wehrdienstzeit und Herabsetzung der Tauglichkeitsstufen sind in den Überlegungen, vor Jahren dachte man auch an die Ausländer der zweiten Generation.

Was nun den freiwilligen Dienst von Frauen in der Armee angeht, so verbietet das Grundgesetz den Dienst mit der Waffe. Da auch der Befehl zum Waffeneinsatz Dienst



an der Waffe ist, könnten Frauen nie das Kommando über eine Truppeneinheit gegeben werden. Das schließt Frau dann von jeder Beförderung in höhere militärische und Mitentscheidungsstufen aus. Die Tatsache, daß Frauen vorhandene körperliche Schwächen mit dem geschickteren Einsatz ihres Verstandes ausgleichen können (was man von Männern nicht immer behaupten kann), macht deutlich, mit welcher Gefahrenlage sich die Führungsstäbe auf der Hardthöhe auseinanderzusetzen haben.

Die in den Teilstreitkräften durchgeführten Arbeitsplatzanalysen zur Frauenverwendbarkeit im Verfassungsrahmen kommen eher zu Zahlen um 8.000, wenn nicht darunter.

Eine Verfassungsänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit, die den Dienst an der Waffe erlaubt, ist nicht durchsetzbar. Schon eine Änderung des Soldatengesetzes würde soviel öffentlichen Protest entfachen, daß mit einem parlamentarischen Scheitern zu rechnen ist. Daher prüft das Bundesverteidigungsministerium eine Änderung der Laufbahnvorschriften, um zu einem elegant-harmlosen Fraueneinstieg zu kommen. Garniert mit Emanzipationssprüchen und unter Ausnutzung der katastrophalen Arbeitsmarktlage für Frauen!

Hier ist die Wachsamkeit der Frauen gefordert. Die AsF wird nicht nur ihre Unterschriftenaktionen gegen Frauen in der Bundeswehr verstärken, sie wird auch deutlich machen, daß die Kombination von Wehrdienstverlängerung, Senkung von Tauglichkeitsgrenzen und freiwilligen Frauen in der Bundeswehr nicht nur den Einstieg, sondern ein ganz gewaltiger Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft wäre.

Die AsF wird auch das Thema der Truppenreduzierung in den Vordergrund ihrer öffentlichen Aktionen stellen. Durch die ganze Raketenzählerei ist die Truppenreduzierung fast verdrängt worden. 495.000 ist keine heilige Zahl. Der entsprechende Vertrag über die Sollstärke der Bundeswehr kann ganz normal gekündigt werden. Da der Pillenklick die natürlichen Voraussetzungen für die Truppenreduzierung bietet, muß die Sollstärke nicht künstlich hoch gehalten werden.

Da alle Überlegungen, die bis Mitte der neunziger Jahre fehlenden 200.000 Soldaten aufzubringen, sich politisch wie mathematisch nicht realisieren lassen, sollten die Sozialdemokraten schleunigst offensiv werden und aus den günstigen Rahmenbedingungen für eine doch von allen gewünschte Abrüstung politisches Vertrauenskapital schlagen.

Spätestens nach der nächsten Bundestagswahl wird auch die CDU/CSU die neue militärische Mengenlehre verkaufen müssen. Wer im Verteidigungsministerium richtig hört, bekommt auch bestätigt, daß dies bei der technischen Weiterentwicklung der Waffensysteme längst keine militärische Frage mehr ist, sondern eine Frage der politischen Entscheidung. Da sollten die Genossen doch wirklich die Diskussion bestimmen!
(-/7.5.1984/rs/fr)

+ + +



Durch finanzielle Stärke in Gefahr geraten

Gedanken über die Zukunft der Agentur Reuters

Von Fritz Sänger

Im Vereinigten Königreich und vor allem in London ist die seit einem Jahrhundert und länger gewohnte Ordnung im Pressewesen wieder einmal in Bewegung geraten. Noch sind Eruptionen selten, aber es rumort im Innern. Noch nie ereignete sich so etwas ohne Wirkung auf den Kontinent. Deshalb ist Aufmerksamkeit angebracht.

Seit Monaten macht die weltweit tätige und wegen der Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung an Presse und Rundfunk geschätzte Nachrichtenagentur Reuters Ltd von sich reden. In vielen Ländern der Erde entstanden über das, was sich dort zu entwickeln begonnen hat, Schlagzeilen. Die Agentur steht nicht etwa vor dem Ruin, sie ist vielmehr wegen ihrer plötzlich offenbar gewordenen finanziellen Stärke in Gefahr geraten. Berufsfremde Interessenten versuchen Einfluß zu gewinnen.

Ein großes Vermögen, das der Agentur gehört, wird Mitte Mai zu einem erheblichen Teil in den freien Geldverkehr eingeföhrt werden. Es werden etwa 3,8 Milliarden Deutsche Mark (eine Milliarde englische Pfund Sterling) in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Börsen gehandelt werden. Bisher waren Allein-Eigentümer Zeitungen und Zeitungsverleger in Großbritannien, in Australien, Neuseeland und Irland, dazu hatten einige wenige Einzelpersonen Aktien. Diese Eigentümer haben bis heute allein das Sagen.

Sie wollen es behalten! In der mehr als hundertdreißigjahrigen Geschichte dieser zentralen Welt-Agentur, die ihren Sitz in London hat (aber keine "britische" Agentur sein will) ist das Unternehmen mit großem Erfolg bemuhnt gewesen, sich jederzeit eigene Verantwortung und völlige Unabhängigkeit zu erhalten. Das soll so bleiben. In der Tat entstünde ein für Presse und Rundfunk zunächst unersetzlicher Verlust, würde Reuters den bisherigen Status auch nur in der Vermutung der Beobachter verlieren. Indem die Alt-Aktionäre 25 Prozent der Aktien mit je vier Stimmen behalten und die zum Verkauf kommenden 75 Prozent je eine Stimme repräsentieren werden, ist - mindestens rechnerisch - eine Mehrheit gesichert.

Reuters wendet sich mit diesem Konzept an seine "alten Kunden", an Banken, an Börsen und an die Wirtschaft. Sie waren die ersten Adressaten, als der in Deutschland geborene Paul Julius Reuter in der Mitte des 19. Jahrhunderts von London aus tätig zu werden begann. Wird diese Planung dazu führen, so wird heute von deutschen Interessenten in Presse und Funk gefragt, daß die bisher von Reuters in der ganzen Welt gesammelten und dann wieder über alle Kontinente verbreiteten politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und Sportnachrichten dem Unternehmen künftig weniger wichtig erscheinen, weil weniger einträglich? Werden Bank und Börse jede andere Nachricht überrunden?



Gerade in diesen Tagen hat der Direktor der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS nach jahrelanger Zurückhaltung erkennen lassen, daß es auch sein Interesse sei, weltweite Kommunikation zu erreichen, daß der Austausch von Informationen und Nachrichten dringendes Verlangen sei. Allen Ländern auf dieser Erde, allen Menschen in allen Erdteilen solle der Segen zuverlässiger, umfassender Unterrichtung zuteil werden. Auch zu den Völkern in der Dritten Welt müßten die allen anderen zur Verfügung stehenden Nachrichten gelangen. Niemand dürfte noch von den früheren Kolonialherren abhängig bleiben. Wie immer das Motiv dieser Moskauer Äußerung kommentiert werden mag - die Entwicklung darf nicht zu einer Monopolisierung der Nachrichtenquellen und nicht zu einer Minderung der Informationen führen. Daß die heute tätigen zwei amerikanischen Agenturen AP und UPI, daß Reuters, die sowjetische TASS und bald auch die chinesische Agentur den Strom der Nachrichten überwiegend versorgen, ist längst nicht mehr ausreichend, den Bedarf an freien Informationen zu decken.

Amtliche Kommuniqués können dem aufmerksamen Bürger eines Landes eine unabhängige Nachricht nicht ersetzen. Für die Auswahl der Nachrichten aus aller Welt, die den Bürger unterrichtet, muß auch zur Verfügung stehen, was politisch einseitig orientierte und handelnde Staatsführungen nur ungern oder überhaupt nicht bekannt werden lassen möchten. Es ist gewiß unerreichbar, daß jederzeit alle Bürger in allen Nationen alles Geschehen erkennen und werten können. Aber es ist möglich, daß viele Bürger in vielen Ländern, wenn sie gut unterrichtet werden und ihnen nichts verschwiegen wird, was wichtig ist, in der Lage sein werden, Entscheidungen und Manipulationen ihrer Regierungen oder der in anderen Ländern rechtzeitig erkennen und Gefahren verhüten könnten.

Weil die Kenntnis dessen, was in einem anderen Lande Wirklichkeit ist, was dort gedacht, gehofft, erstrebt wird, die Voraussetzung für ein politisches Gespräch ist, haben sich die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland von den Besatzungsmächten gegründeten Nachrichtenagenturen sofort nach ihrer Vereinigung (1949) unter deutscher Verantwortung um Verbindungen über die Grenzen hinaus bemüht. Sie wurden sehr bald Teilnehmer am allgemeinen Austausch der Informationen. Reuters-Nachrichten haben lange Zeit vor allem in Norddeutschland die Grundlage der internationalen Information gebildet. Die deutschen Politiker bauten auf einem sicheren Fundament des Wissens und der sorgfältigen Analyse internationaler Ereignisse und Entwicklungen, indem sie sich - nicht unkritisch! - auf jene Nachrichten stützten.

Was wird werden, wenn das Kapital von der Börse her aktiv Interessen wahrzunehmen beginnt?
(-/7.5.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, Wolfgang Biermann, trug am Wochenende vor der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln folgendes Referat vor.

Thesen zum Verhältnis der Friedensbewegung zur NATO

1. Die (neue) bundesdeutsche Friedensbewegung ist entstanden als ein Zweckbündnis gegen einen NATO-Beschluß, nicht gegen die NATO. Dieses Zweckbündnis hat sich nicht nur ausgeweitet und schließt nunmehr große Teile von SPD und Gewerkschaften ein, die im Prinzip zur Mitgliedschaft in der NATO und zur Landesverteidigung mit Waffen stehen. Zugleich ist der Konsens in der Friedensbewegung inhaltlich ausgeweitet worden: Offensive Militärdoktrinen wie Airland Battle und das Abschreckungssystem generell wird infrage gestellt (siehe Beschluß der letzten Aktionskonferenz).

Damit hat sich auch die Kritik an der NATO und insbesondere an der Außen- und Rüstungspolitik der USA ausgeweitet und weit über die Friedensbewegung im engeren Sinne die Gesellschaft der Bundesrepublik erfaßt. Die Stärke der Friedensbewegung hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß sich ein SPD-Parteitag mit großer Mehrheit erstmals seit dem Godesberger Programm von 1959 gegen einen substantiellen Beschluß der NATO entschieden hat, obwohl sie im Prinzip die Mitgliedschaft der NATO bejaht und bekräftigt. Dieser Haltung entspricht auch das Bewußtsein einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik, die Ja sagt zur Mitgliedschaft in der NATO und Nein sagt zur Aufrüstungspolitik desselben Bündnisses.

2. Der Widerstand der Friedensbewegung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles hat zwar nicht den Stationierungsbeginn verhindert, jedoch - vorausgesetzt, die Friedensbewegung zerfällt nicht an inneren Widersprüchen - hat dieser Widerstand nachhaltige Auswirkungen auf den Spielraum der Bundesregierung, in der Bundesrepublik neue Aufrüstungen durchzusetzen. Aus einem Senatsbericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Kongresses geht hervor, daß die Reagan-Administration befürchtet, daß ihre politischen und militärischen Absichten durch den Widerstand innerhalb der NATO gefährdet sind. Zitat aus dem Bericht über die Lage "nach der Stationierung": "Die deutsche Regierung könnte in wachsendem Maße Schwierigkeiten haben, Aufforderungen zu einem Stationierungsmoratorium zurückzuweisen. ...Die Regierung Kohl hat zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit eine völlige Umkehr in der Ostpolitik vollzogen, die sie früher bekämpfte. ...Die antimilitaristische und speziell antiatomare Grundstimmung in Europa ist ein permanenter Faktor geworden, der die Rüstungskontrolle und die Streitkräftenmodernisierung der Regierungen der Allianz berührt". ("Post Deployment in Europa, Staff Report for the Senate Committee on Foreign Relations", Februar 1984).

Mit anderen Worten: Der Kampf gegen das Wettrüsten, gegen destabilisierende und gefährliche Aufrüstungskonzepte und für Überwindung von Geist und Logik der Abschreckung zeigt bereits heute längerfristig wirksame Auswirkungen auf den Entscheidungsspielraum der NATO. Dieser Kampf wird innerhalb der Mitgliedsländer der NATO, im Bündnis mit kritischen Befürwortern der Mitgliedschaft in der NATO gegen offensive Tendenzen der US-Administration und der NATO-Bürokratie geführt. Dieses gemeinsame Aktionsbündnis von Befürwortern und Gegnern der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik steht darüberhinaus in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung.



3. Ich stimme mit Volkmar Deile von Aktion Sühnezeichen überein, daß die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik nur ein Teil des Problems ist und wir noch "keinen Beitrag zur Überwindung der nuklearen Abschreckung" leisten, "wenn wir allein aus der NATO austreten - abgesehen davon, ob ein Austritt der Bundesrepublik überhaupt möglich ist". In der Tat geht es um einen Prozeß der Entflechtung der Blocksysteme, die Überwindung ihrer Konfrontationspolitik und darüber die Perspektive einer Überwindung der Blöcke. Das Konzept dazu kann Sicherheitspartnerschaft und muß gemeinsame Sicherheit (Palme-Kommission) der Staaten und Völker Europas sein. Das schließt zwangsläufig und notwendigerweise einen Prozeß der überzeugenden Kritik der NATO-Politik und der Politik des Warschauer Paktes ein, wo immer sie nicht nur diesen Zielen widersprechen, sondern sogar unmittelbar destabilisierend ist und die Kriegsgefahr erhöht.
4. Gemeinsame Sicherheit und Sicherheitspartnerschaft ist die Alternative zu "einseitiger Sicherheit". Das Aufrüstungs- und Verteidigungskonzept der NATO baut auf einseitiger Sicherheit auf, Sicherheit vor und gegen den Warschauer Pakt. Reaktion und Konzeption des Warschauer Paktes sind spiegelbildlich einseitig. Einseitige Sicherheit ist eine der Quellen des Wettrüstens. Diese "einseitige Sicherheit" hat Europa vielleicht die letzten Jahre vor einem Krieg verschont, aber wohl nur deshalb, weil sich der Krieg selbst bei einem winzigen Rest von Rationalität für niemanden gelohnt hätte. Die Perfektionierung dieser "einseitigen Sicherheit" durch USA und NATO und insbesondere ihre Pervertierung durch das aggressive Streben der Reagan-Administration nach Überlegenheit und Kriegs- und Sieg-Fähigkeit macht die "einseitige Sicherheit" zur Quelle der Kriegsgefahr.

Wenn die derzeitigen konventionellen und nuklearen Planungen der USA für die 90er Jahre technologisch realisiert und in Europa eingeführt werden, wird in Europa nicht nur ein Wettlauf um nukleare Erstschlags- und Enthauptungsfähigkeit ausgetragen werden, sondern zugleich ein Wettlauf um konventionelle Erstschlagsfähigkeit ausgetragen werden. Die Forschungs- und Entwicklungsprogramme für das Air Land Battle Konzept laufen auf die Option hinaus, den Warschauer Pakt in Europa binnen Minuten militärisch lahmzulegen. Die Kombination von "superschnellen" Computersystemen der C-I-Einrichtungen mit diversen ballistischen konventionellen Raketen und taktischen Raketen-Abwehrsystemen et cetera sind bereits in Entwicklung. Parallel mit den entsprechenden destabilisierenden Gegenmaßnahmen des Warschauer Vertrages würden damit bei jeder Krisensituation ungeheure Präemptionszwänge entstehen. Diese Art von "einseitiger Sicherheit", die die Reagan-Administration uns verkaufen will, zu verhindern und zu bekämpfen, muß unser vordringliches Ziel sein.

5. Die Frage, die für diesen Kampf gestellt wird, ist auch die Frage der Mitgliedschaft in der NATO. Ich glaube aber, daß der Austritt aus der NATO - egal, ob dafür eine parlamentarische Mehrheit zu kriegen ist oder nicht - der falsche Weg, ja sogar eine gefährliche illusionäre Forderung darstellt:
- Ein Austritt aus der NATO wäre ein Versuch, auf andere Weise als die NATO einseitige Sicherheit zu erzielen. Das würde die USA in keiner Weise an der Weiterverfolgung ihrer Programme hindern, sondern sogar einen potentiellen einflußreichen Bremser ausschalten.
 - Im Falle einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken wäre die "neutrale Bundesrepublik" ohnehin Schauplatz und Spielball der Auseinandersetzung.



- Selbst wenn die Linke in der Bundesrepublik eine Mehrheit für den NATO-Austritt gewinnen könnte, wäre dies garantiert keine linke Mehrheit. Ohne grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse der Bundesrepublik wären einer "neutralen" oder "blockfreien" Bundesrepublik keine Grenzen gesetzt: Der deutsche Militarismus, die deutsche Atomstreitmacht hätten besonders in Krisenzeiten und unter außenpolitischem Druck beängstigende Entwicklungsmöglichkeiten.
 - Sollte die Friedensbewegung oder die Linke in der Bundesrepublik auf NATO-Austritt und "Neutralität" orientieren, würde sie die notwendige Energie und Zeit für die Gewinnung von (womöglich unerreichbaren) Mehrheiten einsetzen. Der Kampf gegen die konkret anstehenden Gefahren wäre durch interne Auseinandersetzungen gelähmt. Die Friedensbewegung würde die (80prozentige) Mehrheit von NATO-Befürwortern in der Bevölkerung großteils verlieren.
6. Die Alternative zur "einseitigen Sicherheit" der NATO kann und muß innerhalb der NATO proklamiert werden. Die Alternative setzt an der konkreten Kritik der destabilisierenden und gefährlichen Offensivkonzepte an. Die Propagierung von gemeinsamer Sicherheit und Sicherheitspartnerschaft setzt auf Überwindung des Abschreckungskonzeptes und der Militärblöcke. Sie setzt an bei dem tief verankerten Bewußtsein der Friedens- und Entspannungspolitik. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir müssen innerhalb der NATO die anstehenden Offensivrüstungen blockieren. Defensiv Verteidigungsstrukturen und Konzepte struktureller Nichtangriffsfähigkeit sind das Gebot der Stunde. Freiwillig wird die NATO solche Konzept bestimmt nicht übernehmen. Freiwillig wird insbesondere diese Bundesregierung in Bonn solche Konzepte nicht in NATO-Gremien einbringen.

Die Sympathisanten der Friedensbewegung in den Reihen von SPD und Grünen allein werden die derzeitige gefährliche Rüstungsentwicklung nicht blockieren und Alternativen durchsetzen können. Aber die Friedensbewegung kann den notwendigen Druck erzeugen, daß sie nicht alleingelassen werden. Laßt uns gemeinsam den Druck organisieren; damit die Kritik an militärischen Offensivkonzepten in politisches Handeln umgesetzt werden kann. Wir haben keine Zeit zu verlieren!

(-/7.5.1984/ks/rs)

+ + +